

Feministische Außenpolitik in Deutschland

Einblicke, Umsetzung und ein Ausblick auf die Rolle des Bundestags

Leonie Stamm¹

Die Ampel hat in ihrem Koalitionsvertrag 2021 beschlossen, „im Sinne einer *Feminist Foreign Policy* [Hervorhebung im Original] Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und Mädchen weltweit stärken und gesellschaftliche Diversität fördern“² zu wollen. Damit reiht sie sich ein in eine steigende Anzahl an Staaten, die sich offiziell zu einer feministischen Außenpolitik (FAP) bekennen. Das Auswärtige Amt legte am 1. März 2023 nach und veröffentlichte Leitlinien für feministische Außenpolitik.³ Am gleichen Tag veröffentlichte auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine Strategie zur feministischen Entwicklungspolitik.⁴ Beide Dokumente sollen konkretisieren, was das Konzept für die Arbeit der jeweiligen Ressorts bedeutet.

Doch nicht nur die Ministerien, auch weitere Akteure nehmen eine wichtige Rolle in der nachhaltigen Umsetzung feministischer Außenpolitik ein. So zeigt sich nicht zuletzt an Schweden, dass FAP auch den Schwankungen der Legislaturperioden unterlegen ist. Denn in dem Land, in dem 2014 erstmalig eine Regierung eine feministische Außenpolitik einführte, wurde 2022 nach der Wahl einer rechtskonservativen Regierung FAP gestrichen. Insbesondere mit Blick auf die Bundestagswahlen 2025 wirft dies die Frage auf, welche Rolle dem Parlament bei der Aufgabe zukommt, eine FAP nachhaltig zu verankern.

Dieser Kurzbeitrag zeichnet bündig die Linien einer feministischen Außenpolitik nach und gibt einen Überblick über das Themenfeld. Er behandelt theoretische und praktische Ursprünge, blickt auf die aktuelle Umsetzung in Deutschland und

¹ Leonie Stamm arbeitet als Research Fellow bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Sie forscht zu feministischen Ansätzen in der Außenpolitik und der Umsetzung feministischer Außenpolitik im deutschen Kontext sowie ihren Implikationen für die internationale Ordnung und multilaterale Beziehungen.

² Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP: Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, 20. Legislaturperiode, 24.11.2021, S. 144, abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800> (letzter Zugriff: 29.04.2024).

³ Vgl. Auswärtiges Amt: Feministische Außenpolitik gestalten, 2023, abrufbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2585008/d444590d5a7741acc6e37a142959170e/II-ffp-data.pdf> (letzter Zugriff: 29.04.2024).

⁴ Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Feministische Entwicklungspolitik. Für gerechte und starke Gesellschaften weltweit, 2023, abrufbar unter: <https://www.bmz.de/de/themen/feministische-entwicklungspolitik> (letzter Zugriff: 29.04.2024).

global. Dabei beruht er auf einem Vortrag im Rahmen des Parteienwissenschaftlichen Symposions des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRUF) im März 2024. Darüber hinaus wirft er einen Blick nach vorne und erörtert, welche Rolle die Behandlung des Themas im Parlament einnehmen sollte und welche Instrumente hierbei zielführend sein könnten. Damit soll der Bedarf weiterer Forschung in diesem Bereich aufgezeigt werden.

Vorläufer und Wegbereiter feministischer Außenpolitik

Feministische Außenpolitik wurde erstmals 2014 in Schweden durch die damalige Außenministerin Margot Wallström eingeführt. Doch die Ursprünge des Konzepts reichen weit darüber hinaus. So führen diese zur Arbeit von zivilgesellschaftlichen Gruppen, die stetig für die Durchsetzung der Rechte von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen kämpften. Als ein Schlüsselmoment wird oftmals der Internationale Frauenfriedenskongress angesehen, der im April 1915 mit über 1000 Teilnehmerinnen stattfand und „die sofortige Beendigung des Krieges, eine universelle Abrüstung, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, eine Demokratisierung von Außenpolitik, ein Plädoyer für Friedens- statt Kriegspolitik, Multilateralismus sowie eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft“⁵ forderte.

Auch in der Wissenschaft warfen bereits in den 1980er Jahren Denkerinnen wie Cynthia Enloe und J. Ann Tickner ein Schlaglicht auf die ungleiche Repräsentation in sowohl der Theorie der Internationalen Beziehungen als auch der außenpolitischen Praxis.⁶ Darüber hinaus kritisierten sie die vorherrschende Denkschule des Realismus, der die internationale Ordnung und das Verhalten der Akteure mit dem Machtstreben jeden einzelnen Staates begründet. Im Zentrum steht hierbei die Sicherheit des Staates, mit der „Sicherheitsgewährleistung durch militärische Rückversicherung [als] Grundlage der internationalen Politik“.⁷ Feministische Ansätze hinterfragen dieses Verständnis von Sicherheit und stellen menschliche Sicherheit in den Fokus.

Zunehmend fanden diese Ansätze auch Eingang in den außenpolitischen Policy-Bereich. So ist ein Aufkommen von insbesondere genderbezogenen Papieren sichtbar. Im Rahmen der vier Weltfrauenkonferenzen (Mexiko-Stadt (1975),

⁵ Vgl. Marieke Fröhlich/Anna Hauschild: Feministische Außenpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 17/2023.

⁶ Einen Überblick geben Cynthia Enloe: *Bananas, Beaches and Bases: Making Feminist Sense of International Politics*, 2. Aufl., Oakland 2014; J. Ann Tickner: *Gender in International Relations: Feminist Perspectives on Achieving Global Security*, New York 1992; Laura Shepherd: *Feminist Security Studies*, in: Laura Shepherd (Hrsg.): *Critical Approaches to Security: An Introduction to Theories and Methods*, Routledge 2013.

⁷ Gert Krell/Peter Schlotter: *Weltbilder und Weltordnung in den Internationalen Beziehungen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2015.

Kopenhagen (1980), Nairobi (1985) und Peking (1995)) während der United Nations Decade for Women wurden so zum Beispiel 1979 die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet sowie 1995 die Pekingener Erklärung und Aktionsplattform. Daneben ist insbesondere die Resolution 1325 zu Frauen, Frieden, Sicherheit zu nennen, die im Jahr 2000 einstimmig vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet wurde. Mit ihrem Fokus auf einerseits die überproportionale Betroffenheit von Frauen in Kriegen und gleichzeitig ihre zentrale Rolle und *agency* in u.a. Friedensprozessen legte sie einen weiteren Grundstein für eine Verankerung von feministischen Anliegen in der Außenpolitik. Ebenso veröffentlichten zunehmend multilaterale Institutionen wie die Europäische Union Dokumente, die auf die Stärkung genderbezogener Rechte abzielten.⁸

Hin zu einer feministischen Außenpolitik – das Konzept

Definitionen von feministischer Außenpolitik sind breit gefächert.⁹ Um eine differenzierte Debatte führen zu können, sollten zwei Punkte beachtet werden. Erstens ist FAP in seiner Umsetzung ein sehr kontextbezogenes Konzept. Wie eine feministische Außenpolitik implementiert wird, hängt von zahlreichen Faktoren ab, wie der Rolle des Staates im internationalen Gefüge, politische Ausrichtung und Verständnis von feministischen Ansätzen der umsetzenden Regierung, internationale politische Gegebenheiten sowie gesellschaftliche Voraussetzungen und Einbezug der Zivilgesellschaft. So befindet sich Deutschland aktuell – so zum Beispiel auch durch den andauernden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine – in einem anderen internationalen Kontext als Schweden 2014, und die Gegebenheiten unterscheiden sich von zum Beispiel Kanada, Mexiko oder der Mongolei.

Zweitens finden sich Unterschiede zwischen den Interpretationen von und Erwartungen an eine FAP. So sind die Forderungen der Zivilgesellschaft meist transformativer und weitreichender als die staatliche Umsetzung. Beispielhaft dafür kann die Frage nach der Rolle des Militärs gelten. Während viele vorrangig zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Annäherungen einen starken Fokus auf Abrüstung, restriktive Rüstungskontrolle und Demilitarisierung setzen, da „Systeme patriarchaler, rassistischer oder wirtschaftlicher Unterdrückung und Militarismus

⁸ Vgl. Claudia Zilla: Feministische Außenpolitik. Konzepte, Kernelemente und Kontroversen, Stiftung Wissenschaft und Politik: SWP-Aktuell Nr. 50, Berlin 2022, S. 2.

⁹ Vgl. Lyric Thompson et al.: Toward a Feminist Foreign Policy in the United States, International Center for Research on Women, 2020, S. 4, abrufbar unter: https://www.icrw.org/wp-content/uploads/2020/05/FFP-USA_v11-spreads.pdf (letzter Zugriff: 29.04.2024); Dr. Ines Kappert: Feministische Außenpolitik: Ein Vorschlag zur Definition, 2022, abrufbar unter: <https://www.gwi-boell.de/de/2022/03/02/feministische-aussenpolitik-ein-vorschlag-zur-definition> (letzter Zugriff: 09.05.2024).

sich gegenseitig [bedingen]¹⁰, spiegelt sich dies in den meisten staatlichen Umsetzungen nicht in dieser Form wider, was oftmals zu starker Kritik von Zivilgesellschaft führt. Allerdings wird von den meisten Interpretationen die Stärkung der Rüstungskontrolle und eine langfristige Abrüstung grundsätzlich befürwortet. So nennen dies auch die Leitlinien des Auswärtigen Amtes.¹¹

Diese unterschiedlichen Erwartungen an die Reichweite feministischer Außenpolitik oder unterschiedlicher Positionen in einzelnen Fragen führt zu fortlaufenden Debatten innerhalb des Diskurses. Dennoch lässt sich über diese verschiedenen Interpretationen hinweg ein Set von geteilten Elementen finden, die sich über den Lauf der Zeit herausgebildet haben. Bei diesen kann zwischen einer normativen Ebene – Verknüpfungen zu dem Konzept von menschlicher Sicherheit, einem friedenspolitischen Ansatz, Multilateralismus, und dem Anspruch, patriarchale und (post)koloniale Machtstrukturen zu transformieren – sowie einer instrumentellen Ebene – der Bezug zu bestehenden Menschenrechtsregimes, etablierten Rahmenwerken wie z.B. der UNSCR1325, außerdem der Stärkung der Rechte, Ressourcen und Repräsentation von Frauen und marginalisierten Gruppen und der verstärkte und institutionalisierte Einbezug der Zivilgesellschaft – unterschieden werden.¹²

Grundsätzlich lässt sich zusammenfassen, dass feministische Außenpolitik einen Ansatz darstellt, der eine intersektionale menschliche Sicherheit ins Zentrum von außenpolitischen Entscheidungen stellt. Dabei wird anerkannt, dass Menschen unterschiedlich von (Un)Sicherheit betroffen sind. Über den Einbezug von zivilgesellschaftlichen Perspektiven und der Stärkung der Rechte, Repräsentation und Ressourcen von Frauen und marginalisierten Gruppen werden Bedarfe sowie Expertisen zentriert, die bisher in Entscheidungsprozessen keine oder wenig Beachtung gefunden haben. Dafür baut feministische Außenpolitik auf bereits bestehenden Menschenrechtsregimes und Abkommen auf und entwickelt diese im multilateralen Kontext kritisch weiter. Sie strebt eine Transformation patriarchaler und (post)kolonialer Machtstrukturen hin zu einer gerechten und friedlichen Welt an. In Auslegung und Ausführung bietet sie ein Spektrum an, das je nach Akteur und Kontext variiert.

Staatliche Umsetzung feministischer Außenpolitik

Doch womit begründen Regierungen die Umsetzung einer feministischen Außenpolitik? Hierbei ist eine Unterscheidung zwischen normativen und utilitaristischen oder laut Claudia Zilla (2022) „intrinsischen“ und „extrinsischen“ Gründen

¹⁰ Fröhlich/Hauschild, 2023 (Fn. 5).

¹¹ Vgl. Ebd., S. 27.

¹² Leonie Stamm: Das Konzept der feministischen Außenpolitik in der deutschen Europapolitik, i.E. 2024.

möglich.¹³ So kann es einerseits aus Gründen der Gerechtigkeit und progressiven Wertevorstellungen geboten sein, die diversen Perspektiven unserer Gesellschaft auch in politischen Entscheidungen abzubilden. Andererseits ist dies auch nützlich: „Empirische Evidenz attestiert einen positiven Zusammenhang zwischen Gendergerechtigkeit auf der einen und Wohlstand und Frieden auf der anderen Seite. Eine Verbesserung der Situation und der Chancen von Frauen käme also nicht nur dieser Gruppe, sondern der ganzen Gesellschaft bzw. dem internationalen System zugute.“¹⁴ Mit der wachsenden Anzahl von Staaten, die eine FAP umsetzen, kommen weitere strategische Gründe hinzu – so kann die Umsetzung einer FAP Regierungen einerseits die Möglichkeit eröffnen, Kooperationspartner über bisherige Zusammenschlüsse hinaus zu finden, und gleichzeitig Staaten einen stärkeren Einbezug in der internationalen Arena gewährleisten.¹⁵

Erstmalig umgesetzt wurde feministische Außenpolitik 2014 in Schweden unter der damaligen Außenministerin Margot Wallström. Mit seinem „3R“-Modell prägte das Land die Umsetzung weiterer Staaten maßgeblich. Dieses sah vor, die Rechte, Repräsentation und Ressourcen von Frauen und Mädchen zu stärken, basierend auf der Realität, in der diese leben.¹⁶ Bis 2020 folgten weitere vier Staaten: Kanada (2011), Luxemburg (2018), Frankreich (2019) und Mexiko (2020). Seit 2021 verdreifachte sich die Zahl, so haben auch folgende Staaten verkündet, eine feministische Außenpolitik verfolgen zu wollen: Spanien (2021), Libyen (2021), Schottland (2021), Deutschland (2021), Chile (2022), Niederlande (2022), Kolumbien (2022), Liberia (2022), Mongolei (2023), Argentinien (2023) und Slowenien (2023).¹⁷ Die Art und der Grad der Umsetzung unterscheidet sich in all diesen Ländern substantziell. Nicht alle dieser Staaten haben ein offizielles Rahmendokument zu FAP veröffentlicht.

Diese Länder tauschen sich in eigenen Fora aus. So unter anderem in der FFP+ Gruppe, einer informellen Allianz gemeinsam mit Zivilgesellschaft und der UN, die vorrangig in New York agiert. In dieser finden sich Staaten zusammen, die eine FAP verfolgen oder die Prinzipien grundsätzlich teilen, ohne ihre Politik offiziell als feministische zu labeln. Ein rotierender Doppelvorsitz erstellt die

¹³ Zilla, 2022 (Fn. 8), S. 3.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Vgl. Leonie Stamm: Mongolia Leans in to Feminist Foreign Policy, in: The Diplomat, 3.7.2023, abrufbar unter <https://thediplomat.com/2023/07/mongolia-leans-in-to-feminist-foreign-policy/> (letzter Zugriff: 02.05.2024).

¹⁶ Vgl. Government Offices of Sweden: Handbook. Sweden's feminist foreign policy, 2018, abrufbar unter: https://www.swedenabroad.se/globalassets/ambassador/zimbabwe-harare/documents/handbook_swedens-feminist-foreign-policy.pdf (letzter Zugriff: 29.04.2024).

¹⁷ Vgl. Lyric Thompson et al.: Defining Feminist Foreign Policy: The 2023 Edition, Feminist Foreign Policy Collaborative, 2023, S. 5, abrufbar unter: <https://www.ffpcollaborative.org/defining-ffp-2023-edition> (letzter Zugriff: 30.04.2024).

Agenda, organisiert Treffen und soll einen stetigen Austausch zwischen den Ländern sichern. Im Jahr 2024 liegt dieser bei Spanien und Mexiko.¹⁸

Neben der steigenden Anzahl von Staaten, die sich in diesem Rahmen engagieren, ist ein gegensätzliches Phänomen sichtbar: So war Schweden 2022 der erste Staat, in dem eine neu gewählte rechts-konservative Regierung die schwedische FAP offiziell abschaffte. Ähnliche Tendenzen sind in den Niederlanden und Luxemburg zu beobachten: FAP-freundliche Regierungen wurden abgewählt, es bleibt zu beobachten, wie sich dies auswirken wird. Dies zeigt, wie stark das Konzept und seine Implementierung von einzelnen Parteien und der Beteiligung dieser an der Regierung abhängig ist. Das wirft Fragen nach einer nachhaltigen und langfristigen Umsetzung über Regierungswechsel hinweg auf – auch im deutschen Kontext vor dem Hintergrund der Bundestagswahlen in Deutschland 2025.

Umsetzung in Deutschland

In Deutschland wurde erstmalig im Koalitionsvertrag 2021 das Ziel aufgeführt, „im Sinne einer *feminist foreign policy* Rechte, Ressourcen, und Repräsentation von Frauen zu stärken und gesellschaftliche Diversität zu fördern“.¹⁹ Im März 2023 legte das Auswärtige Amt seine Leitlinien für feministische Außenpolitik vor. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) veröffentlichte an demselben Tag seine Strategie für feministische Entwicklungszusammenarbeit. Hierbei wird deutlich: Eine ministeriumsübergreifende Strategie gibt es nicht, die Dokumente sind nicht in die Ressortabstimmung gegangen. Dies kann zu Inkohärenz führen. Insbesondere im Rahmen außenpolitischer Entscheidungen, die von mehreren Ministerien getroffen werden müssen, mindert dies die konsequente Umsetzung. Dennoch wird feministische Außenpolitik mehrfach in der ressortübergreifenden Nationalen Sicherheitsstrategie genannt.²⁰

Die Leitlinien des Auswärtigen Amtes wurden aufbauend auf einem Konsultationsprozess erstellt, an dem u.a. zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligt waren. Während Kritik u.a. an der Transparenz dieses Prozesses geäußert wurde,²¹ zeigt

¹⁸ Vgl. Ministerio de Asuntos Exteriores, Unión Europea y Cooperación: Press Release 009: Spain assumes co-presidency of UN Feminist Foreign Policy Group, 17.02.2024, abrufbar unter: https://www.exteriores.gob.es/en/Comunicacion/NotasPrensa/Paginas/2024_NOTAS_P/2024_0217_NO_TA009.aspx (letzter Zugriff 30.04.2024).

¹⁹ Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, 2021 (Fn. 2).

²⁰ Vgl. Bundesregierung: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland, Nationale Sicherheitsstrategie, 2023, u.a. S. 14.

²¹ Vgl. Anna Hauschild/Leonie Stamm: From feminist questions towards feminist processes: strengthening Germany's feminist foreign policy. *European Journal of Politics and Gender* (published online ahead of print 2024); Karoline Färber: Communities of actors in the production of FFP knowledges, *International Studies Review*, 25(1): 6–8.; Marieke Fröhlich/Victoria Scheyer: Feministische Außenpolitik. Verpasste Chancen, der Kampf geht weiter, *Wissenschaft und Frieden*, 41(2): 5.

dies gleichzeitig einen Anspruch im Auswärtigen Amt, zivilgesellschaftliche Perspektiven einzubeziehen. Die Leitlinien umfassen auf 80 Seiten vier Teile: Erstens, das Verständnis des Auswärtigen Amtes von dem Konzept der feministischen Außenpolitik. Hier gehen die Leitlinien unter anderem darauf ein, dass dieses kein pazifistisches ist und weisen auf „außenpolitische Realitäten [...] und [...] daraus erwachsende[...] Dilemmata“²² hin. Inhaltlich beziehen sie sich stark auf das schwedische 3R-Modell, das die Stärkung der Rechte, Repräsentanz und Ressourcen zentriert. Die Leitlinien führen an, dass sie einen transformativen und intersektionalen Ansatz verfolgen.²³

Zweitens werden Instrumente aufgeführt, mit denen genannte Ziele erreicht werden sollen. Diese umfassen Mainstreaming, Mittel, Multiplikator*innen und Monitoring. Maßnahmen sind hier u.a., durch Mainstreaming das Thema querschnittlich in alle Referate aufzunehmen und einen sogenannten „feministischen Reflex“²⁴ auszubilden. Als weiteres zentrales Mittel ist das Genderbudgeting genannt, erstmalig für das Auswärtige Amt: So sollen bis 2025 85% der Projektmittel gendersensibel und 8% gendertransformativ ausgegeben werden.²⁵

Wo dies angewandt werden soll, dafür gibt es bei den insgesamt zehn Leitlinien zwei Dimensionen: eine interne und eine externe Dimension. Die externe soll aufzeigen, wie FAP als Querschnittsthema alle Policybereiche beeinflusst. Dafür wurden folgende Aktionsfelder in sechs Leitlinien erstellt: Friedens- und Sicherheitspolitik, humanitäre Hilfe und Krisenengagement, Menschenrechtspolitik, Klimaaußenpolitik, Außenwirtschaftspolitik, Auswärtige Kultur- und Gesellschaftspolitik. Die interne Dimension hingegen bezieht sich auf Strukturen und Arbeitsweisen des Auswärtigen Amtes.

Parlamentarische Instrumente als Mittel für eine nachhaltige Umsetzung

Bei der Umsetzung feministischer Außenpolitik ist jedoch nicht nur das Auswärtige Amt relevant, auch andere Akteure – so der Bundestag – können eine gewichtige Rolle einnehmen. So liegt der Blick bereits auf dem kommenden Jahr, wenn in Deutschland wieder zu den Wahlurnen gebeten wird. Wie auch die Erfahrungen anderer FAP-Staaten zeigen, wird die Bundestagswahl 2025 einen entscheidenden Moment für die weitere Umsetzung feministischer Außenpolitik darstellen.

Bislang gibt es wenig Beiträge dazu, welche Faktoren eine nachhaltige Umsetzung feministischer Außenpolitik begünstigen. Einer der Beiträge wurde 2023 von der zivilgesellschaftlichen Organisation Kvinna till Kvinna in Form ihres Policy Briefs

²² Auswärtiges Amt, 2023 (Fn. 3), S. 13.

²³ Vgl. ebd., S. 9.

²⁴ Ebd., S. 14.

²⁵ Vgl. ebd., S. 80.

„Making Feminist Foreign Policy a Reality: Experiences and Lessons Learned from one of Sweden’s Largest Women’s Rights Organisations“ verfasst. In diesem werden sieben Schlüsselfaktoren vorgestellt, die für eine nachhaltige Umsetzung feministischer Außenpolitik relevant sind. Einer davon ist die parteiübergreifende Konsolidierung und parlamentarische Unterstützung:

“In Sweden the lack of cross-party support meant that the Feminist Foreign Policy was dropped after eight years, when a new government was elected in 2022. To avoid that Feminist Foreign Policies are abandoned with changes in government, it is important to think strategically about how it is launched and presented. Too close alignment with a singular political party and/or politicians should be avoided. Broad buy-in and ownership from parliament can be encouraged with joint goals for the policy where also parliament plays a part, and with robust systems for monitoring and reporting back to parliament, to increase parliamentarians’ awareness of the benefits of the policy.”²⁶

Zielführend für eine „breite Akzeptanz und Ownership“ erscheint außerdem die proaktive und strategische Behandlung des Themas. Die Positionierung feministischer Außenpolitik im Bundestag kann eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema befördern und sicherstellen, dass das Konzept mit Inhalten gefüllt und durch Debatten weiterentwickelt wird. Dies kann sowohl von der Koalition als auch von der Opposition initiiert werden. Dafür stehen verschiedene parlamentarische Instrumente zur Verfügung. Diese unterscheiden sich in ihrer Funktion und Wirkung.

Um die Regierung aufzufordern, richtungsweisende Entscheidungen zu treffen, werden in der parlamentarischen Arbeit Anträge genutzt. In der vergangenen Legislaturperiode, also vor Aufnahme der FAP in den Koalitionsvertrag, wurden zwei Anträge für die Aufnahme einer feministischen Außenpolitik eingebracht, die abgelehnt wurden: So 2019 durch die die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,²⁷ im darauffolgenden Jahr 2020 durch die Fraktion Die Linke.²⁸ Ebenso wurde 2020 ein Antrag gegen die Aufnahme einer FAP durch die AfD-Fraktion eingebracht.²⁹ Seit Beginn der 20. Legislaturperiode ist kein Antrag zu FAP zu verzeichnen. Das ist insofern auffällig, als dass FAP zu einem der zentralen Anliegen von gleich zwei Ressorts gemacht wurde, ohne dass dies einen Resonanzrahmen bei

²⁶ Kvinna till Kvinna: Making Feminist Foreign Policy a Reality: Experiences and Lessons Learned from one of Sweden’s Largest Women’s Rights Organisations, 2023, abrufbar unter: <https://kvinna.tillkvinna.org/wp-content/uploads/2023/05/The-Kvinna-till-Kvinna-Foundation-Making-Feminist-Foreign-Policy-A-Reality.pdf> (letzter Zugriff: 30.04.2024).

²⁷ Deutscher Bundestag: Feministische Außenpolitik konsequent umsetzen – Gewalt und Diskriminierung überwinden, Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechte weltweit verwirklichen (Bundestagsdrucksache 19/7920), 20.02.2019, Berlin.

²⁸ Deutscher Bundestag: Für eine friedliche feministische Außenpolitik (Bundestagsdrucksache 19/17548), 04.03.2020, Berlin.

²⁹ Deutscher Bundestag: Deutsche Außenpolitik unabhängig von Geschlechtszugehörigkeit betreiben – Wertemperialismus beenden (Bundestagsdrucksache 19/23710), 28.10.2020, Berlin.

den Koalitionsfraktionen findet. Dies wirft die Frage auf, inwiefern das Konzept von allen Koalitionspartnern tatsächlich getragen oder als zentraler Referenzpunkt betrachtet wird.

Große Anfragen sind „das bedeutendste öffentlichkeitswirksame Informations- und Kontrollmittel im parlamentarischen Alltag des Bundestages“³⁰, da sie mit einer Plenardebatte einhergehen. So nehmen sie zwei Funktionen ein – als Instrument der Kontrolle sowie als Mittel, um Öffentlichkeit auf ein bestimmtes Thema zu lenken. Einerseits werden diese daher von der Opposition genutzt, um Schwachstellen der Regierung aufzuzeigen. Andererseits kann die strategische Nutzung durch die Regierungsparteien auch dazu führen, dass Erfolge herausgestellt werden und aktiv Themen der Regierung auf die Tagesordnung gebracht werden. Große Anfragen zum Thema feministische Außenpolitik liegen bei einer ersten Durchsicht in der 20. Legislaturperiode nicht vor. Das ist insofern bemerkenswert, als dass auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die mit FAP stark assoziiert wird, das Instrument der Großen Anfrage bisher nicht genutzt hat, um das Thema in die parlamentarische Behandlung zu bringen.

Kleine Anfragen hingegen „sind das einfachste Instrument der parlamentarischen Kontrolle in der Bundesrepublik,“³¹ da bei diesen keine Plenardebatten vorgesehen sind. Dennoch hat eine zunehmende „Mediatisierung der Politik“³² dazu geführt, dass auch dieses Instrument stark für die eigene Profilierung der Abgeordneten sowie Medienwirksamkeit genutzt wird. So finden sie als Drucksache veröffentlicht häufig Resonanz in der Presse oder dienen als Referenzpunkte für die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure.³³ Kleine Anfragen sind somit noch einmal deutlicher als Große Anfragen ein Mittel der Opposition.³⁴ So auch beim Thema feministische Außenpolitik. In Inhalt und Ausrichtung gibt es hier starke Unterscheidungen. So können sie genutzt werden, um die Bundesregierung zur Einhaltung eigener Ansprüche aufzufordern, gleichzeitig jedoch die Agenda setzen, indem grundsätzlich die Legitimität von feministischen und genderbezogenen Ansätzen in Frage gestellt wird.

Zunehmend gibt es Untersuchungen dazu, wie insbesondere Kleine Anfragen von anti-feministischen Kräften genutzt werden, um eine sprachliche Agenda zu

³⁰ Franziska Carstensen: Die Nutzung von Großen Anfragen im Bundestag und in den deutschen Landesparlamenten: warum so unterschiedlich?, in Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 3/2018, S. 479.

³¹ Bereswill, Mechthild; Ehlert, Gudrun; Neuber, Anke: Feindselige Anfragen. Die Nutzung eines parlamentarischen Instruments zur Diskreditierung der Geschlechterforschung, in: Gender: Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft (2021) Nr. Sonderheft 6, S.110.

³² Ebd.

³³ Vgl. Hünermund, Sebastian: Kleine Anfragen im Deutschen Bundestag. Zu den Funktionen des Frageinstruments am Beispiel der 17. Wahlperiode, in Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 3/2018, S. 458.

³⁴ Vgl. Ebd., S. 457.

setzen. So stärken laut Bereswill et al. diese „die antifeministischen Strategien und Argumentationslinien der AfD grundlegend und auf parlamentarisch legitimierte Weise [...]. Aufgrund seiner spezifischen Struktur erlaubt das Instrument der Anfrage, zentrale Argumentationslinien des rechtspopulistischen Antifeminismus in einen bürokratisch kontrollierten und legimitierten Diskurs einzubringen und so als ‚sagbare‘ Positionen zu stärken.“³⁵

Insbesondere bei gender- und diversitätsbezogenen Themen zeigt dies die Wichtigkeit, Themen aktiv zu setzen. Andernfalls gerät die Regierung in der parlamentarischen Bearbeitung des Themas vorrangig in Rechtfertigungsdruck über die Legitimation eines solchen Konzeptes – die Chance, FAP als neues Konzept mit zielführenden Referenzpunkten positiv zu platzieren, wird dadurch geschmälert.

Ausblick

Um eine valide Bilanzierung der Auseinandersetzung des Bundestags mit FAP vorzunehmen, ist eine tiefergehende Analyse der bestehenden Dokumente notwendig. Darauf aufbauend sollte einerseits der Status quo untersucht werden: Welche Parteien setzen sich aktuell auf welche Weise mit FAP auseinander, wie ist hier das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition? Welche Instrumente der parlamentarischen Arbeit können genutzt werden, um das Thema feministische Außenpolitik parteiübergreifend auf die Tagesordnung zu setzen und zielführend zu debattieren? Wie kann hierbei gleichzeitig Kräften, die diese Mittel nutzen, um eine anti-feministische Agenda zu stärken, etwas entgegengesetzt werden? Und wie sollte die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen Bundestag und umsetzenden Ministerien gestaltet werden?

Feministische Außenpolitik ist in seiner Umsetzung ein recht junges Thema, das sich fortlaufend weiterentwickelt. Dabei bieten sich zahlreiche Anknüpfungspunkte, um Inhalt, Akteure und Instrumente feministischer Außenpolitik zu betrachten. Insbesondere die Umsetzung kann von diesen Ergebnissen profitieren und es im Rahmen dieser als Aufgabe begriffen werden, den stetigen Erkenntnisgewinn der Zivilgesellschaft, Wissenschaft und weiterer Akteure einfließen zu lassen.

³⁵ Bereswill et al., 2021 (Fn. 31), S. 109.